

■ Großoffensive der Türkei im Nordirak

Grünes Licht aus USA

Von Nick Brauns

In der Nacht zum Mittwoch begann die türkische Armee eine neue Großoffensive gegen die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Autonomieregion Kurdistan im Irak. In der Regel erfolgten solche Militäroperationen im Frühjahr, wenn die Guerilla ihre unterirdischen Winterlager in den Bergen verlassen hat. Doch Präsident Recep Tayyip Erdogan sieht sich derzeit innenpolitisch unter Druck durch Studierendenproteste, die, ausgehend von der Bosphorus-Universität in Istanbul, auf das ganze Land übergreifen drohen. Da versucht Ankara wie stets bei oppositionell demokratischen Regungen die antikurdische Karte auszuspielen: Durch Kriegstrommeln sollen die Reihen der türkischen Nationalisten wieder geschlossen werden.

Die Hubschrauber, die Luftlandtruppen in der rund 70 Kilometer von der Grenze der Türkei entfernten Gare-Region absetzen, kamen von Süden her aus dem Inneren der Autonomieregion. Schon daran wird deutlich, dass diese Operation in Kooperation mit der in Erbil regierenden Barsani-Familie erfolgt. Der feudale Clan, der durch Ölschäfte eng mit Ankara verbunden ist, sieht in den sozialrevolutionär orientierten Anhängern des Vordenkers der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan, die im benachbarten Nordsyrien staatsähnliche Strukturen geschaffen haben, eine Bedrohung seiner auf Korruption und Vetterwirtschaft basierenden Herrschaft.

Der Kurdistan-Nationalkongress, der Persönlichkeiten aus

allen Teilen Kurdistans vereint, hat betont, dass der Angriff auf Gare nicht ohne Rückendeckung von EU, USA und NATO für Ankara erfolgen konnte. So war der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar zehn Tage vor Beginn der Militäroperation zu Gesprächen mit der Bundesregierung in Berlin. Ohne Zustimmung insbesondere der USA, die die Lufthoheit über dem Irak innehaben, kann dort kein Kampfflugzeug fliegen.

Die Türkei will im Nordirak eine Besatzungszone schaffen, um der Guerilla die Bewegungsfreiheit zwischen ihrem Hauptquartier in den Kandil-Bergen, der Türkei und der nordsyrischen Autonomieregion Rojava abzuschneiden. Dieses Ziel teilen die USA. Denn die US-Regierung von Präsident Joseph Biden ist einerseits zur Legitimation ihrer Truppenpräsenz bei den nordsyrischen Ölfeldern auf die weitere Zusammenarbeit mit den Truppen der Rojava-Selbstverwaltung angewiesen. Doch andererseits ist Washington erklärtermaßen bestrebt, einen Keil zwischen Rojava und Kandil zu treiben. So sollen die syrischen Kurden ihrer revolutionären Führung beraubt werden, um sie zu willfährigen Kollaborateuren machen zu können.

Kommunisten aus der Türkei stehen heute in Gare Seite an Seite mit der kurdischen Guerilla. Dies geschieht aus dem Bewusstsein heraus, dass sie dort nicht nur für die Freiheit der kurdischen Nation, sondern auch für die Niederlage des Faschismus im eigenen Land und eine antiimperialistische Perspektive der Region kämpfen.

■ Überdotierter des Tages

Richard Lutz



Dem Vernehmen nach soll es für die drei Bahnbosse fünf Jahre obendrauf geben. So haben das die Hauptentscheider, die großkoalitionären Bundesminister Andreas Scheuer und Olaf Scholz, beschlossen.

Über die Gründe der verpassten Chance, die Konzernspitze anderswo anschlusszuverwenden, kann nur spekuliert werden: Taugenichtse, die man kennt, sind leichter steuerbar als ein Personalkarussell mit neuen Unbekannten. Und außerdem hat Chefvorstandler Lutz einen klaren Coronaklassenblick: »Um die Krise gemeinsam und solidarisch zu bewältigen, sind alle Beteiligten gefordert, Teil der Lösung zu sein.« Alle, echt? Einen Atemzug später wird er präzise: »Der Schwerpunkt der Gegensteuerung liegt beim Personal- und Sachaufwand.« Da haben wir's doch: weniger und mieser bezahlte Beschäftigte auf Achse in verwittrerten Zügen.

Sowas lohnt sich. Für Lutz' Beutezug allemal. Ein bisschen Sozialneid, besser Klassenhass, muss sein, konkret: Vorstandslutze streicht im Jahr rund 1,8 Millionen Euro Gage fürs maximale Verlustemachen ein. Ohne Boni und extra Extras, versteht sich.

Oliver Rast

»Gebaut wird, obwohl keiner die Autobahnen braucht«

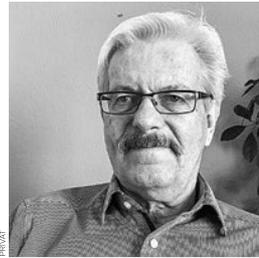
BUND legt Aufstellung unwirtschaftlicher und klimaschädlicher Straßenprojekte vor. Ein Gespräch mit Werner Reh

Der BUND hat die Broschüre »Desaster im Dutzend« veröffentlicht, in der unwirtschaftliche, natur- und klimaschädliche Autobahn- und Bundesstraßenprojekte gelistet sind. Was droht?

Es wird aufgezeigt, was hinter dem Planungs- und Finanzierungssystem der Bundesregierung steckt. Eines der größten Desaster ist die A 20, die von Bad Segeberg in Schleswig-Holstein bis kurz vor die niederländische Grenze führen soll. Diese Autobahn ist kontraproduktiv und unwirtschaftlich. Die Kosten mit rund 3,7 Milliarden Euro könnten sich nahezu verdoppeln, auf mindestens sieben Milliarden steigen. Das Bauvorhaben zerstört die Natur und schadet dem Klima – genau wie die A 100 in Berlin. Im Bauabschnitt ab dem Treptower Park würde sie eine Betonschneise der Verwüstung durch den Bezirk Friedrichshain schlagen. Als Denkmäler geschützte Platanen und das Gebäude der Osthafendirektion würden dem Projekt zum Opfer fallen. In Baden-Württemberg wird sich die A 98 durch die Landschaft fressen.

Dahinter steckt ein falsches Anreizsystem. Die Regierung stellt einen milliardenschweren Sack auf den Tisch, und sagt den Bundesländern: Wenn ihr ein Verkehrsstraßenprojekt haben wollt, meldet es an. So kam es zu einem Bundesverkehrswegeplan, der 1.360 Fernstraßenprojekte bis 2030 aufzählt. Das ist eine reine Straßenbaubourgie, ohne Strategie, wie sich der Verkehr klima- und umweltpolitisch entwickeln soll!

Haben Landesregierungen – wie die »rot-rot-grüne« in Berlin – eine Chance, sich gegen die Projekte zu wehren?



Werner Reh ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Verkehr und Autor der Broschüre »Desaster im Dutzend«

Die Berliner Landesregierung sagt zwar, sie will und braucht das Projekt nicht. Dennoch wird sie es bauen, weil sie mehr als 800 Millionen Euro von der Bundesregierung dafür erhält. Sinnvoller wäre es, das Geld in U- und S-Bahnverbindungen zu stecken. Überall in der BRD ist es das gleiche: Gebaut wird, weil es Geld gibt, obwohl kein Mensch die Autobahnen braucht.

Was kann die Berliner Landesregierung tun, damit die für den Neubau reservierten Mittel doch noch der Verkehrswende zugute kommen?

Sie kann das fordern, doch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, CSU, sagt nein. Laut Grundgesetz ist die Bundesregierung für Autobahnen und Bundesstraßen zuständig.

Die in Hessen an der Regierung beteiligten Bündnis 90/Die Grünen behaupten, beim Bau der A 49 keine Chance für eine Klage dagegen zu haben.

Sie hätten den Bau und die Rodung des Dannenröder Forstes nicht stoppen können. Der BUND hat geklagt und

alle Argumente vorgetragen: dass man zum Zeitpunkt der Planung des Autobahnbaus von anderen Voraussetzungen ausgegangen war und gesetzliche Klimaschutzziele eingehalten werden müssen. Der Verkehrsminister kann eine Weisung erlassen, gegen die ein Bundesland nichts tun kann. Wir kritisieren, dass die SPD das mitgetragen hat. Eine Bundesregierung mit »grüner« Beteiligung könnte in den Koalitionsvertrag hineinschreiben lassen, dass Alternativen neu zu prüfen sind, und den Autobahnbaustopfen.

Laut dem Darmstädter Rechtsprofessor Martin Führ hätte das von den Grünen geführte hessische Verkehrsministerium Handlungsspielräume gehabt. Er sagte, es gebe einen juristischen Anspruch darauf, dass Fehler im Wasserrecht »geheilt« werden.

Möglicherweise ja, wenn das Wasserrecht rückblickend geprüft wird. Auf Bundesebene könnte politisch aber sofort anders entschieden werden, sofern die Mehrheiten andere sind. Man könnte sagen, die Autobahnen werden nur zu einem Drittel finanziert und es fließen mehr Geld der in die Bahn.

Welche Rolle könnte die Bundestagswahl im September spielen?

Es kommt darauf an, in wessen Händen das Bundesverkehrsministerium landet. Dann könnte es heißen: Diese überdimensionierten, überbauten und umweltschädlichen Projekte sind nicht zu finanzieren. Die EU-rechtlich vorgeschriebene strategische Umweltprüfung wurde beim letzten Bedarfsplan unterlassen. Der BUND fordert, dass diese nachgeholt wird.

Interview: Gitta Düperthal

■ Abgeschrieben

Der Ältestenrat der Partei Die Linke fordert in einer Stellungnahme Ältestenrat uneingeschränkte Solidarität mit Kuba:

Wir, die Mitglieder des Ältestenrates, begrüßen die Position des Koordinationsrates der AG Cuba Sf bei der Partei Die Linke zum Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Januar 2021. Wir danken allen Aktivistinnen und Aktivistinnen, allen Mitgliedern der AG Cuba Sf und Tausenden SympathisantInnen Kubas für ihre 30jährige Solidarität mit dem revolutionären Prozess Kubas und seinem Streben nach Sozialismus kubanischer Prägung.

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird in Kuba ein gesellschaftlicher Dialog über die vom 7. Parteitag der KP Kubas eingeführten Leitlinien zu Reformen und Umgestaltung geführt. Mit einem Volksentscheid nach einer breiten Debatte in der Bevölkerung hat die kubanische Gesellschaft sich eine neue, sozialistische Verfassung gegeben. Seit über 60 Jahren bekämpfen die USA, von der Invasion in der Schweinebucht bis heute, mit allen Mitteln imperialer Politik die Entwicklung und den sozialistischen Weg Kubas. In all den Jahren galt für viele Zehntausende, von kirchlichen Kreisen bis zu sozialistischen Kräften,

ob im Osten oder Westen Deutschlands: »Die Solidarität mit Kuba geht weiter!« Dieser Grundsatz galt und gilt seit der Gründung von Cuba Sf. Der Parteivorstand ignoriert, gewollt oder ungewollt, mit seinem Beschluss die revolutionären Prozesse und die Solidarität mit Kuba, die es in der Linken gibt. Der eigenen so notwendigen Strategie-debatte auszuweichen, Anpassung zu suchen und Kuba belehren zu wollen ist mehr als fehl am Platz. Sich gegen die US-Blockade nur allgemein auszusprechen, Fakten auszublenden und sich in Punkt 5 des PV-Beschlusses vom 23. Januar 2021 an die Seite von Anhängern der abgewählten US-Präsidentschaft Trumps zu stellen, lässt mehr als nur Fragen offen. Es könnte auch ein Einverständnis und ein Zugeständnis für eine angestrebte Identitätsveränderung als linke sozialistische Partei verstanden werden.

(...) Der im ursprünglichen EmaLi-Antrag (Emanzipatorische Linke, iw) erwähnte Luis Manuel Otero Alcántara, dessen »künstlerische« Betätigung in der letzten Zeit überwiegend darin bestanden hat, die Nationalflagge seines Landes zu besudeln, stellt die Unabhängigkeit des Landes in Frage. Mittlerweile ist durch zahlreiche Aussagen

der sogenannten San-Isidro-Aktivistinnen hinreichend belegt, dass diese »Bewegung« und zahlreiche ihrer Akteure aus den USA finanziert werden. Trotzdem hat das kubanische Kulturministerium mit Vertretern dieser Gruppierungen eine Fortsetzung des im November begonnenen Dialogs vereinbart. Für den 27. Januar war mit drei Vertretern ein Treffen im Ministerium verabredet worden. Unmittelbar vor dem Termin wurde die Fortsetzung des Dialogs allerdings dadurch verhindert, dass plötzlich »Aktivistinnen« der San-Isidro-Gruppe, abweichend von vorherigen Vereinbarungen, auf einer Teilnahme zu ihren Bedingungen bestanden. (...) Die Behauptung, ein vor allem von Künstlerinnen initiiertes Dialog mit dem Kulturministerium wurde von Regierungsseite abgebrochen, ist falsch.

Ohne politische Analyse, ohne Fakten und Argumentationen eine so grundsätzliche Kursveränderung gegen gültige Beschlüsse der Solidarität und der Bewegung für ein freies, sozialistisches Kuba wenige Tage vor unserem 7. Parteitag stellt uns vor Herausforderungen, die einer Klärung bedürfen. (...) Stärken wie die Solidarität mit Kuba – machen wir Die Linke stark – soll unser Grundsatz bleiben!